

Gegenüberstellung Diakonieforderungen und Landtagswahlprogramm der Parteien GRÜNE, CDU, SPD und FDP

Wohnen

Die Bestände an öffentlich gefördertem Wohnraum in kommunaler Verantwortung werden seit Jahren abgebaut. Trotz vieler Maßnahmen droht sich die Situation weiter zu verschlechtern. Es gilt, geeignete Maßnahmen zu treffen, damit Wohnraum wieder verfügbar und bezahlbar ist.

Position DWW	<p>1. Recht auf Wohnen</p> <p>Der Wohnungsnot kann nur durch verfügbaren und bezahlbaren Wohnraum auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt erfolgreich begegnet werden. Der seit Jahren beklagte Abbau der Bestände an öffentlich gefördertem Wohnraum in kommunaler Verantwortung schreitet voran. Die Aktivitäten im Neubaubereich reichen bei Weitem nicht aus, auslaufende Mietpreisbindungen aufzufangen und sind wegen der hohen Einstandskosten dafür auch nicht geeignet. Wohnen ist ein Menschenrecht und Voraussetzung für ein gelingendes Leben. Das muss in Baden-Württemberg sichergestellt sein.</p>
GRÜNE	<p>Die GRÜNEN wollen sich für einen besseren Mieterschutz stark machen, beispielsweise mit einer Mietpreisbremse als Schutzschirm für bezahlbare Wohnungen und der Nutzung von Regularien, um hohe Mietsteigerungen zu bremsen oder zu begrenzen.</p> <p>Darüber hinaus wollen sie den Anteil preisgünstiger Wohnungen am Markt in den kommenden zehn Jahren erhöhen, sowohl im geförderten als auch im frei finanzierten Bereich.</p> <p>Auch ausreichend altersgerechter Wohnraum soll geschaffen werden.</p> <p>Grundsätzlich soll klimaneutrales Wohnen für alle bezahlbar und selbstverständlich werden.</p> <p>Konkret wollen die GRÜNEN die Ausweitung des Kompetenzzentrums Wohnen angehen. Diese Unterstützung soll neben den Kommunen auch gemeinwohlorientierten Trägern zugänglich gemacht werden. Das gilt besonders auch für Genossenschaften. Weiterhin setzen sie auf eine Gründungsoffensive für kommunale Wohnungsbaugesellschaften.</p> <p>Das Kompetenzzentrum Wohnen soll ein Beteiligungsformat für Kinder und Jugendliche an der Stadtplanung erarbeiten und den Kommunen zur Verfügung stellen.</p> <p>Wichtig ist den GRÜNEN auch die Förderung von Mehrgenerationenhäusern und barrierefreiem Wohnen, hier sehen sie besonderen Handlungsbedarf.</p> <p>Für Menschen ohne festen Wohnsitz: Für sie muss nach Aussage der GRÜNEN neben sozialen Hilfeangeboten vor allem kurzfristig verfügbarer Wohnraum bereitstehen. Orientierung am Ansatz des „Housing first“ → <i>Dies begrüßt die Diakonie Württemberg ausdrücklich.</i></p> <p>Schließlich verfolgen die GRÜNEN die Wiedereinführung der Wohngemeinnützigkeit, die Förderung gemeinwohlorientierter Mietshäuser sowie die soziale Weiterentwicklung des Mietrechts.</p>
CDU	<p>Die CDU plant in der Wohnraumpolitik des Landes einen Schwerpunkt auf die Schaffung sozialen Wohnraums setzen. Ihr Ziel ist es, zu einer spürbaren Entlastung des sozialen Wohnungsmarktes zu kommen.</p>

SPD	<p>Die SPD legt einen Schwerpunkt auf den Mieterschutz sowie die Gründung einer Landeswohnraumgesellschaft.</p> <p>Ihr Ziel ist es, dass Mieterinnen und Mieter nicht mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für ihre Nettokaltmiete ausgeben.</p> <p>Dieses Ziel wollen sie erreichen durch die Einführung eines Mietendeckels, die flächendeckende Durchsetzung der Mietpreisbremse, die Erhebung einer Grundsteuer C für baureife Grundstücke, um die Kosten für unbebaute Flächen zu erhöhen und die Schaffung rechtlicher Voraussetzungen, damit die Kommunen wieder mehr Bauland ankaufen können.</p> <p>Zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus fordert die SPD unter anderem eine landesweite Mindestquote an Sozialwohnungen für Bauvorhaben ab einer gewissen Größe.</p> <p>Die SPD strebt eine Sozialbindung der Mietraumförderung von mindestens 30 Jahren an. Langfristig soll die Dauer der Sozialbindung auf bis zu 60 Jahre ausgeweitet werden können.</p>
FDP	<p>Die Freien Demokrat:innen möchte vor allem Anreize für Investoren schaffen und die Regulierungen minimieren; sozialer Wohnungsbau ist kein Thema. Im Gegenteil:</p> <p>Sie wollen staatliche Eingriffe in den Wohnungsmarkt wie Mietpreisbremsen, Zweckentfremdungsverbote und Leerstandskontrollen verhindern, da sie Investoren abschrecken und Wohnungsbau verhindern.</p> <p>Weiterhin wollen sie die Wohnbauförderung des Landes neu konzipieren und dabei den Fokus stärker auf Eigenheimbau und den Bau von Eigentumswohnungen richten.</p>

Position DWW	<p>2. Wohnungslosenstatistik</p> <p>Wir begrüßen die Einführung einer bundesweiten Statistik zur Wohnungslosigkeit. Für das Land Baden-Württemberg fordern wir allerdings eine ergänzende Erhebung der Wohnungsnot. Wichtig und unerlässlich ist aus unserer Sicht die Etablierung eines gemeinsamen Beirats unter Beteiligung der freien Träger und der kommunalen Seite zur Interpretation der Ergebnisse für unser Bundesland. Wir brauchen die erhobenen Zahlen des Bundes ergänzt um die Items, die zur Weiterentwicklung des Handlungsfelds unerlässlich sind. Die Einführung einer gemeinsamen Datenerhebung für Baden-Württemberg hatte unsere Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege 2018 so beschlossen, um die Stichtagserhebung der Liga der freien Wohlfahrtspflege um eine zu ersetzen, die alle Einrichtungen und Dienste der kommunalen als auch der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg zu erfassen. Hinter diesen Verabredungen wollen wir jetzt nicht zurück bleiben. So kann die Wohnungsnot in Baden-Württemberg abgebildet und in der Folge mit entsprechenden Maßnahmen reagiert werden.</p>
GRÜNE	k.A.
CDU	k.A.
SPD	<p>Die SPD greift die Wohnungslosenstatistik auf und begrüßt diese. Diese will sie nutzen, um passende Maßnahmen zur Prävention von Wohnungslosigkeit zu ergreifen. Dabei stehen besonders junge Frauen und junge Erwachsene im Fokus. Das Modellprojekt „Verbesserung der medizinischen Versorgung Wohnungsloser“ will sie verstetigen.</p>
FDP	k.A.

Position DWW	3. Zukunft der Wohnungslosenhilfe
---------------------	--

	<p>In den vergangenen Jahren haben sich neue Bedarfsgruppen und Bedarfslagen ergeben. Insbesondere für junge Erwachsene, ältere und pflegebedürftige wohnungslose Menschen als auch für Familien in Wohnungsnot müssen Konzepte entwickelt und umgesetzt werden, die die tatsächlichen Bedarfe adäquat decken. Die Lebenslagen aller betroffenen Personengruppen müssen untersucht und bedarfsgerecht ausgebaut werden. Die erfolgreiche Arbeit der LAGöfW am landesweiten Fachkonzept Wohnungslosenhilfe ist deshalb fortzusetzen.</p> <p>... Wir fordern deshalb eine beim Ministerium für Soziales und Integration angesiedelte Koordinationsstelle für die Wohnungslosenhilfe. Die Koordinations- und Informationsarbeit dieser unparteilichen Stelle soll sich sowohl an die Kommunen als auch an die Träger der freien Wohlfahrtspflege richten. Ziel ist es, die Versorgungssicherheit, aber auch die Struktur und die Qualität der Angebote im Land sicherzustellen.</p>
GRÜNE	k.A.
CDU	k.A.
SPD	k.A.
FDP	k.A.